

Beckstein „Terrorgefahr steigt“

Durch den Bundeswehreininsatz im Nahen Osten erhöht sich nach Einschätzung des bayerischen Innenministers Günther Beckstein die Terrorgefahr in Deutschland.

„Wir geraten dadurch noch stärker in das Blickfeld der entsprechenden Fundamentalisten“... Auszug aus: Focus, 03. September 2006

"Schäuble ist besessen"

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ist Rechtsexpertin der FDP-Bundestags-fraktion.

SZ: An was liegt die "Besessenheit" Schäubles in diesem Fall?

Leutheusser: Schäuble ist, seitdem ich ihn kenne - also schon seit 1990 - von dem Gedanken beseelt, dass die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden können muss und dass es keine Unterscheidung zwischen Kriminalität und Krieg mehr geben darf, sondern alle Maßnahmen in allen Bereichen möglich sein müssen. Und das will er schrittweise realisieren. Daran hat er immer gearbeitet – auch mit der Forderung nach Grundgesetz-Änderungen. Dies krönt er jetzt mit seiner Initiative zum Quasi-Verteidigungsfall.

SZ: Sie werfen Schäuble also eine gezielte Verwischung von Friedens- und Kriegsrecht vor?

Leutheusser: Das ist doch eindeutig so! Schäuble will hier nicht nur eine Grauzone nutzen. Er will rechtsstaatliche Hürden, die er hinderlich findet, beseitigen. Im aktuellen Fall - dem Abschuss gekaperter Passagierflugzeuge - will er deshalb sogar Friedens- und Kriegsrecht verwischen. Mit dem Quasi-Verteidigungsfall würde Schäuble im Grundgesetz eine Ermächtigungsgrundlage schaffen, die suggeriert, dass in diesem Fall selbst die Menschenwürde nicht mehr zählt. Schäuble will eine Lizenz zum Töten einführen. ..

Auszug aus: Süddeutsche Zeitung 03. Januar 2007

Minister Jung wirbt für Bundeswehr-Einsatz im Innern

Frankfurt a. M. · Verteidigungsminister Franz Josef Jung hat am Samstag in Frankfurt für einen Einsatz der Bundeswehr im Innern geworben. Die Bundeswehr solle zwar keine polizeilichen Aufgaben übernehmen, müsse aber auch bei einem nicht von einem anderen Staat ausgehenden Angriff „einspringen, wenn die Fähigkeiten der Polizei nicht ausreichen, um den Schutz der Bürger zu gewährleisten“. Für diesen, in Zeiten des Anti-Terror-Kampfes wahrscheinlicher werdenden Fall müsse es bald „eine verfassungsrechtliche Klärung geben“, forderte der CDU-Politiker bei einer Veranstaltung in der Paulskirche. Sollte die Bundeswehr allerdings mit weiteren Aufgaben betraut werden, brauche man auch entsprechend mehr finanzielle Mittel, sagte Jung.

Auszug aus: FR 15. Januar 2007

Deutschland braucht eine gewaltfreie, pazifistische Partei! ..damit Dauerkriege und die Entwicklung zum Militärstaat gestoppt werden.

Die Erfahrungen mit SPD + Grünen, und auch mit der neuen „Linken“ zeigen:

- Friedens- und Sozialpolitik sind auch dort nur Lippenbekenntnisse !
- Die wortführenden „Realpolitiker“ reden nur von Frieden um 4,5 Millionen Kriegsdienstverweigerer und andere Friedensbemühte davon abzuhalten selbst parteipolitisch aktiv zu werden.

Ein Austritt aus der NATO oder die Umwandlung der Bundeswehr zu einem zivilen Hilfsdienst, ist für alle etablierten Parteien eine Utopie.

Die größte Utopie aber ist der Glauben, sich mit Militär vor Terror oder vor atomarer Erpressung zu schützen zu können!

Gegen alle Vernunft und geschichtliche Erfahrung handeln wir noch immer nach den Steinzeit-Parolen: „Willst du den Frieden rüste zum Krieg“ und „Der Friede muss bewaffnet sein“. Verschwiegen wird jedoch, dass Staaten so auch immer wieder in den sozialen und finanziellen Bankrott und sogar in den Krieg getrieben werden. (Grafik für Deutschland auf der Rückseite)

Von deutschem Boden geht wieder Krieg aus!

- Nicht Frieden wie im Wiedervereinigungsvertrag versprochen. -

Die Antwort auf Krieg muss ein konsequenter Pazifismus sein.

Nach 16 Jahren Wiedervereinigung macht keine der etablierten Parteien mehr eine glaubwürdige Friedens oder Sozialpolitik. Obwohl die „Militär-Interventionen“ im Ausland, auch nach Einschätzung der Verantwortlichen zur Erhöhung der Terrorgefahr in Deutschland führen, steigen die Militär-Ausgaben weiter, statt damit eine soziale Entwicklung zu finanzieren.

Proteste und Massendemonstrationen allein verändern das nicht ! Nur veränderte politische Mehrheiten führen zu einem Politikwechsel.

Deutschlands größer gewordene Verantwortung in der Welt heißt:

- Frieden schaffen ohne Waffen. -

Unterstützt deshalb die pazifistische Partei „**Bündnis für die Zukunft**“
(Der Bundesvorstand)